

Diskussionspapier der Schreibwerkstatt

Impulse an den BUND e.V.



Diskussionspapier

„‘Just Transition‘ und Verteilungsfragen zur Möglichkeit des Umbaus“

Autor*innen: Verena Leyendecker, Laura Schmitz, Vanessa Guinan-Bank, Nina Holle, Kathrin Russner, Bastian Heindricks, Christina Wegelein sowie eine weitere Person.

Moderation: Wiebke Herding

Vorwort

Kürzlich ist die erste digitale BUND-Schreibwerkstatt zu Ende gegangen. Im September 2020 begannen fünfzig motivierte Menschen innerhalb von drei Monaten entlang der sechs Themenfelder „Wirtschaftsstruktur“, Finanzwirtschaft“, „Arbeit und Tätigsein“, „Just Transition: Verteilungsfragen“, „Neue Demokratieformen“ und „Unternehmen und Betriebe“ Impulse für eine Postwachstumsgesellschaft zu entwickeln. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. hat in seiner Ausschreibung besonders Menschen zu einer Bewerbung ermutigt, die bisher noch weniger in den umweltpolitischen Debatten des Verbandes eingebunden sind. Gleichzeitig wollen wir an dieser Stelle transparent machen, dass es uns nicht gelungen ist, die gewünschte Vielfalt an Perspektiven (unter anderem in Bezug auf soziale und ethnische Herkunft) in den Prozess einzubinden. Dies wurde auch in Arbeitsgruppen wiederholt reflektiert und thematisiert. Im weiteren Verbandsprozess an den Themen der Schreibwerkstätten werden wir uns verstärkt um mehr Perspektivenvielfalt bemühen.

Die Diskussionspapiere aus den Arbeitsgruppen sind in Gruppen entstanden, die sich zu dem jeweiligen Thema durch den Aufruf des BUND zur „Schreibwerkstatt“ zusammengefunden haben. Die Ergebnisse sind in einem ausschließlich digitalen Format in wenigen Monaten entstanden. In der Kürze der Zeit konnte nicht die gesamte Breite der fachwissenschaftlichen und politischen Positionen zur Transformation in den jeweiligen Themenbereichen bearbeitet werden. Die Diskussionspapiere stellen den gemeinsam in solidarischer Weise erarbeiteten Konsens der Gruppe, eine Fokussierung und in machen Aspekten einen Kompromiss dar. Die Papiere sind keine Einzelmeinung.

Gleichwohl handelt es sich bei den Diskussionspapieren um Impulse an den Verband, nicht um eine Position des BUND. Die Mitglieder der Schreibwerkstatt weisen darauf hin, dass es sich bei ihren Diskussionspapieren auch nicht um fertige Ergebnisse handelt, sondern um einen unvollständigen ersten Entwurf, der für Ergänzung, Diskussion und Inspiration gedacht ist und einladen soll, weiter zu denken und zu streiten. Gleichzeitig ist es der Anspruch der Arbeitsgruppen, klare Anstöße und Impulse zu geben, in welche Richtung die weitere Diskussion gehen sollte, sowohl was die grundlegende Kritik als auch die Vorschläge für Maßnahmen betrifft.

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei den Teilnehmer*innen der Schreibwerkstatt für ihre Zeit, ihre Kraft und ihr Engagement im Sinne des gemeinsamen Ziels: Das Gute Leben für Alle innerhalb der planetaren Grenzen zu gestalten.

Vorwort	2
1. Ist-Zustand und Problemanalyse	3
2. Radikal-realpolitische Forderungen und Zukunftsthesen	6
Themenbereich 1: Wohlstand neu denken	6
Themenbereich 2: Ressourcenverbrauch senken	8
Themenbereich 3: Wohlstand gerecht verteilen	10
Themenbereich 4: Strukturwandel und Übergänge	13
3. Utopische Ausblicke	16
4. Literaturverzeichnis	19

1. Ist-Zustand und Problemanalyse

Wir sehen uns zwei globalen, miteinander verwobenen Krisen gegenüber: Zeitlich drängend ist die Klima- und ökologische Krise. Wollen wir zu Gunsten des Klimas und der Umwelt eingreifen, ist zu befürchten, dass dies die soziale Krise noch verschärft: Schützen wir die Umwelt, steigt die Armut. Dies nennt Klaus Dörre die „ökonomisch-ökologische *Zangenkrise*“.¹ Das Kernproblem liegt hier in der Fixierung auf Wirtschaftswachstum, das mit planetaren Grenzen nicht vereinbar ist und weder hinreichend noch notwendig für das Lösen der sozialen Krise ist.

Wirtschaftswachstum als Treiber von Ungleichheit und Umweltzerstörung

Immer weiterwachsende Wirtschaftsaktivitäten haben Ökosysteme weltweit an den Rand des Kollaps geführt. Die Auswirkungen sehen wir nicht nur in der steigenden CO₂-Konzentration in der Atmosphäre und dem Klimawandel, sondern auch bei einer Vielzahl von bereits überschrittenen ökologischen planetaren Grenzen.² Es ist offensichtlich, dass das Dogma des vermeintlich wohlstandsbringenden Wirtschaftswachstums mit der Einhaltung der planetaren Grenzen nicht vereinbar ist. Oft wird die vermeintliche Notwendigkeit des Wachstums mit Armutsabbau über den sogenannten *trickle-down* Effekt begründet. Es wird behauptet: Wenn der Kuchen wächst, bekommen letztlich alle etwas davon ab. Tatsächlich ist trotz stetigem

¹ „Was stimmt nicht mit unserer Demokratie?“ Deutschlandfunk Kultur, Beitrag vom 11.08.2019, online verfügbar unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/gesellschaft-in-der-krise-was-stimmt-nicht-mit-unserer.2162.de.html?dram:article_id=455987 (Stand 27.01.21).

² Versauerung der Meere, Frischwasserverfügbarkeit, Landnutzung, Ozonschicht, biochemische Zyklen und Absorptionskraft, Müllansammlung v.a. Plastik, u.A., siehe Konzept der planetaren Grenzen: <https://www.stockholmresilience.org/research/planetary-boundaries.html> (Stand 27.01.21).

Wirtschaftswachstum das tägliche Einkommen der Armen seit 1981 im Durchschnitt nur um etwa 2 Cent pro Jahr gestiegen³ und auch in Deutschland ist kaum etwas vom Wirtschaftswachstum bei niedrigen Einkommen angekommen.⁴ Währenddessen machen globale Konzerne, Manager*innen und Investor*innen Milliardengewinne. Die Schere geht auseinander - nicht nur weltweit, sondern auch innerhalb vieler Länder - auch in Deutschland.⁵ Die aktuelle Entwicklung unter der Corona-Pandemie hat gezeigt, wie Schocks diese Dynamik noch einmal dramatisch verstärken können.⁷

Gleichzeitig tragen Nutznießer*innen dieser Dynamik die größte Verantwortung für die ökologische Krise: der Lebensstil der obersten 10% der Bevölkerung ist für einen überproportional großen Anteil (52%) an Klima-Ausstößen verantwortlich, während lediglich 7% der Ausstöße auf die ärmere Hälfte der Bevölkerung zurückgeht.⁸ Ein “weiter so” ist daher keine Option: Eine Lösung der ökologischen Krise kann nicht durch *green growth*, sondern nur durch die Beendigung des an Konsum und BIP orientierten Wachstumsmodells erreicht werden.

Verteilungsgerechtigkeit als Schlüssel

Global gesehen ist Wirtschaftswachstum nicht mehr zwingend notwendig, da der globale Wohlstand groß genug ist, um sieben Milliarden Menschen zu ernähren und ihnen auch darüber hinaus ein gutes Leben zu ermöglichen. Es liegt am (fehlenden) Zugang und der Verteilung von Gütern und Dienstleistungen, dass dennoch sehr vielen Menschen ein Leben in Würde und Wohlstand verwehrt bleibt. Statt Wachstumsökonomien braucht es neue Ansätze der Verteilung – mit dem Ziel, dass *alle* Menschen Zugang zu einem guten Leben innerhalb der planetaren Grenzen haben.

Dazu müssen Menschen in Industrienationen wie Deutschland ihren Ressourcenverbrauch drastisch reduzieren. Die ökologische Krise kann ohne eine massive Neustrukturierung unserer Wirtschaftsweise nicht gelöst werden. Das schließt einen radikalen Strukturwandel hinsichtlich der sogenannten Karbonbranchen wie der

³ Vgl. Woodward, 2015; Hickel, 2017

⁴ Siehe u.a. Balsler, 2017

⁵ Grabka, 2014, S. 301-307

⁶ Schröder et al., 2020, S. 511-521

⁷ Vgl. Oxfam 2021.

⁸ Gore, 2020

Energie, Automobil-, Chemie- und Metallindustrie ein. Dieser Wandel wird nicht ohne Widerstand passieren, denn die Einflussnahme multinationaler Konzerne und globaler Eliten ist immens.

Umso wichtiger ist es, dass ökologische Transformationsprozesse darauf ausgerichtet sind, dass soziale Ungleichheiten nicht weiter vertieft werden und die Lasten des Umbaus gerecht verteilt werden. Eine solche Transformation muss insbesondere Wandel für weniger resiliente Bevölkerungsgruppen und in eher strukturschwachen Regionen, wie z.B. Gebieten mit einer wenig diversifizierten Wirtschaft oder ländliche Gebiete mit wenig Infrastruktur und potenziellen Arbeitgebern, sozial begleiten und Effekte wie Arbeitsplatzverlust abfedern.

Eine postkapitalistische, sozial-ökologische Wirtschaft kann, wenn sie richtig gestaltet wird, eine gerechtere, fürsorglichere Gesellschaft hervorbringen. Sie kann uns aus unserer aktuellen Krise herausführen und ein neues Gefühl der Verbundenheit miteinander und mit dem Planeten wiederherstellen. Mit den folgenden Thesen wollen wir einen Beitrag leisten, das Thema Verteilungsgerechtigkeit innerhalb dieser Vision zu gestalten.

2. Radikal-realpolitische Forderungen und Zukunftsthesen

Themenbereich 1: Wohlstand neu denken

"Das BIP misst alles, außer dem, was das Leben lebenswert macht."

Robert F. Kennedy, 1968

Zukunftsthesen

- i. Politik und Gesellschaft müssen sich auf neue, übergeordnete und handlungsleitende Zielwerte für Zusammenleben und Wirtschaften einigen.
- ii. Wir brauchen eine Abkehr vom BIP(-Wachstum) als Messgröße für Wohlfahrt, Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt. Stattdessen muss ein umfassendes, holistisches Set an Wohlfahrtsindikatoren Zielgröße für politisches Handeln und gesellschaftliche Förderung werden.

Begründung

Die beiden in der Problemanalyse genannten Kernprobleme der Menschheit, die soziale und die ökologische Krise, müssen ab sofort ins Zentrum politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse gerückt werden. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist als handlungsleitende Messgröße ungeeignet und sollte gar nicht mehr erhoben werden. Denn so lange das BIP noch als Hauptindikator für gesellschaftliche Wohlfahrt und Wohlergehen der jeweiligen Länder zu Rate gezogen wird, werden soziale und ökologische Zielsetzungen eine Randnotiz bleiben. Die Orientierung am BIP und seinem ständigen Wachstum hat uns in eine ökologische und soziale Sackgasse manövriert. Denn das Bruttoinlandsprodukt wächst durch Vorgänge, die dem Wohlergehen der Menschen offensichtlich schaden, wie z.B. Unfälle (wobei die Reparaturen, Ersatzteile, Krankenhausaufenthalte das BIP steigern). Auch kann mit einer Orientierung am BIP der Zielkonflikt zwischen ökologischer und sozialer Krise nicht gelöst werden.

Gemäß Berechnungen renommierter Forscher*innen⁹ ist eine völlige oder wenigstens signifikante Entkopplung des BIP-Wachstums vom Ressourcenverbrauch, auch unter Berücksichtigung technologischen Fortschritts, in den kommenden 50 Jahren unmöglich¹⁰. Daher darf gesellschaftlicher Fortschritt nicht länger am BIP-Wachstum festgemacht werden. Stattdessen bedarf es einer holistischen Messung von Wohlfahrt,

⁹ Vgl. Parrique et al., 2019 für eine Zusammenfassung einiger Studien in diesem Bereich.

¹⁰ vgl. Five reasons 'green growth' won't save the planet oder Jason Hickel, 2018: Why Growth Can't Be Green – Foreign Policy uvm.

die statt wirtschaftlichen Größen soziale und ökologische Indikatoren umfasst, und auf eine breite demokratische Basis gestellt werden. Ansätze und Beispiele für solche Erhebungen liefern die Wellbeing Economy Alliance¹¹ und Länder wie Neuseeland und Bhutan, die ihren staatlichen Haushalt an Wohlfahrtsindikatoren ausrichten. Beispiele für solche Indikatoren sind ökologische Vielfalt und Resilienz, Bildung oder psychologisches Wohlbefinden (Bhutan). Auch in Deutschland werden relevante Daten (z.B. zu Gesundheit, Bildung oder Umwelt) bereits erhoben, stehen aber nicht im Zentrum gesellschaftlicher Zielsetzungen.

In einer Postwachstumsgesellschaft soll der Wirtschaft ihre ursprüngliche **instrumentelle Rolle zukommen: Die bedarfsgerechte Versorgung aller** mit Gütern und Dienstleistungen. Das BIP als Größe ist damit kein relevanter (Wohlfahrts)indikator mehr. Die gesellschaftliche Ausrichtung an holistischen Wohlfahrtsindikatoren wird essentielle Verteilungsfragen aufwerfen, die gezielt adressiert und angegangen werden müssen (siehe Punkte 2-4).

Neue soziale und ökologische Faktoren in der Wohlfahrtsmessung könnten dabei sein:

- physische und psychische Gesundheit von Mensch (und Tier), auch künftiger Generationen
- Einhaltung planetarer Grenzen und Nachhaltigkeit
- CO₂-Verbrauch (zu minimieren, ggf. mit Caps)
- ökologische Vielfalt und Biodiversität
- Umweltbelastung entlang der planetaren Grenzen (zu minimieren)
- Bildung
- Zufriedenheit der Bevölkerung
- Gemeinschaft und Räume für Gemeinschaftsleben
- Wohnraum
- Partizipation und Zeitnutzung
- Gleichberechtigung und Anti-Diskriminierung
- kulturelle Vielfalt und künstlerisches Schaffen

¹¹ “Old Way to New Way”, Wellbeing Economy: <https://wellbeingeconomy.org/resources#oldwaynewway> (Stand 27.01.21).

Als konkretes Modell könnte man sich dabei am “Doughnut” Modell¹² orientieren, das einen Kompass für Wohlstand innerhalb planetarer und sozialer Grenzen bietet und bereits in einigen Städten (z.B. Amsterdam) umgesetzt wurde.

Themenbereich 2: Ressourcenverbrauch senken

Zukunftsthesen

Der Ressourcenverbrauch pro Kopf muss beschränkt werden, sodass er mit den planetaren Grenzen vereinbar ist. Das soll erreicht werden durch:

- i. Ökosteuer
- ii. Pro-Kopf-Quoten
- iii. Transparenz und Bildung

Begründung

Um das Pariser Klimaziel von 95% Treibhausgasminderung gegenüber 1990 bis 2050 zu erreichen, müssen wir den Pro-Kopf-Ausstoß auf unter eine Tonne CO₂ senken.¹³ Heute beträgt der Pro-Kopf-Ausstoß in Deutschland im Durchschnitt rund 8t CO₂.¹⁴ Seine Reduktion wird ungeheure Anstrengungen und radikale Veränderungen in unserem Lebensstil verlangen. Die wichtigsten Stellschrauben liegen im Heizenergieverbrauch, der Zahl der Flugreisen, den Autokilometern und der Ernährungsweise. Es gibt verschiedene Ansätze, wie sich eine solche Veränderung im Lebensstil der Deutschen umsetzen ließe:

Ökosteuern

Der mestdiskutierte Ansatz ist die Umsetzung marktbasierter Instrumente, allen voran von Ökosteuern, um umweltschädliche Effekte von Produktion und Konsum zu internalisieren. Damit soll ein wirtschaftlicher Anreiz gesetzt werden, die umweltschädlichen Aktivitäten zu verringern.¹⁵ Darüber hinaus könnte durch die steuerlichen Mehreinnahmen eine Entlastung arbeitsbezogener Steuern erfolgen. Seit Jahresbeginn 2021 müssen Unternehmen in Deutschland 25 Euro pro verursachter Tonne CO₂ zahlen, wenn sie Diesel und Benzin, Heizöl und Erdgas verkaufen. Dieser

¹² Vgl. Raworth, 2017

¹³ Umweltbundesamt, 2015

¹⁴ Statista, 2020

¹⁵ Petschow et al., 2020

aktuelle CO₂ Preis ist aber nicht ausreichend, um Lenkungswirkungen im notwendigen Maß zu bewirken. Ein entsprechend höherer Preis ist jedoch mit erheblichen gesellschaftlichen Konfliktpotenzialen verbunden.¹⁶ Den entstehenden Verteilungswirkungen muss mit angemessenen sozialen Ausgleichszahlungen entgegengewirkt werden.

Pro-Kopf-Quoten

Ein radikalerer Lösungsansatz wäre, verbindliche pro-Kopf Quoten für den Eigengebrauch (CO₂, Wasser, natürliche Ressourcen inkl. Plastik) festzulegen und über Verteilungssysteme (Kontingente; “Lebensmittelmarken”) egalitär umzusetzen. Denkbar wäre hierbei die Möglichkeit, dass “Konsumrechte” je nach Bedarf wahrgenommen oder verkauft¹⁷ werden können - nach Vorbild des EU-Emissionshandels. Bei diesem Ansatz ist jedoch fraglich, wie sich ein solches System organisieren, kontrollieren und sanktionieren ließe, ohne Grund- und Freiheitsrechte drastisch einzuschränken (“Gläserne*r Bürger*in”).

Transparenz und Bildung

Möglicherweise ließe sich eine Mischform dieser und anderer Ansätze realisieren, in der eine Kombination aus Preisen, Kontingenten und sozialen Ausgleichszahlungen den Ressourcenverbrauch im nötigen Maße reduzieren, ohne adverse Verteilungswirkungen zu verursachen. Auf rein freiwilliger Basis ließe sich dies jedoch schwerlich umsetzen. Dennoch sollte das Thema Nachhaltigkeit durch groß angelegte Bildungsinitiativen näher in das Bewusstsein der Bürger*innen gerückt werden. Es gibt bereits frei zugängliche Tools, mit denen man seinen eigenen CO₂ Abdruck ausrechnen kann.¹⁸ Jede*r sollte niedrigschwellige Möglichkeiten haben, diesen Wert sowie die Divergenz zum nachhaltigen Fußabdruck für sich berechnen zu können und verständliche Informationen zu erhalten, in welchen Bereichen er sich am einfachsten absenken ließe. Hierzu muss Nachhaltigkeit fest in den Lehrplänen der Schulen verankert und darüber hinaus Schulungen am Arbeitsplatz angeboten werden, die

¹⁶ ebd.

¹⁷ Unter der Voraussetzung, dass Wohlstand und Armut begrenzt werden, führt die Möglichkeit des Verkaufens nicht zu großen Ungerechtigkeiten. So kann aber der Aufbau eines Schwarzmarkts für die Quoten verhindert werden.

¹⁸ Siehe u.a. https://uba.co2-rechner.de/de_DE/, <https://www.wwf.de/themen-projekte/klima-energie/wwf-klimarechner>, https://co2.myclimate.org/de/footprint_calculators/new.

auch auf die dramatischen Folgen des Klimawandels eingehen. Damit könnte eine höhere Sensibilität und soziale Akzeptanz für unliebsame Maßnahmen geschaffen werden.

Themenbereich 3: Wohlstand gerecht verteilen

Zukunftsthesen

- i. Einführung einer Obergrenze für Reichtum (Vermögen, Einkommen, Erbschaften)
- ii. Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens
- iii. Soziale Sicherung: “first class living conditions for all”: Diese Forderung bezieht neben finanzieller Absicherung auch das Recht auf Gesundheit, eine saubere Umwelt und mehr Lebensqualität mit ein.

Begründung

Auf der einen Seite fordern wir Verzicht auf große Vermögen, Einkommen und Erbschaften (i), auf der anderen Seite größere finanzielle (ii) und soziale (iii) Sicherung: Wer weiß, dass seine*ihre Kinder Ausbildung oder Studium finanzieren und in Sicherheit leben können, muss ihnen kein großes Vermögen vermachen.

Obergrenzen für Vermögen, Einkommen und Erbschaften

Warum sollen Reichtum, Vermögen und Einkommen begrenzt werden?

- a) Nicht nur Studien¹⁹ auch die Erfahrung sehr wohlhabender und reicher Menschen zeigen, dass Reichtum und Vermögen ab einer gewissen Grenze nicht mehr Glück schaffen und sogar unglücklicher machen (u.a. durch Sorgen um Geldanlagen, um das Bewahren und Vermehrung des Vermögens tritt ins Zentrum des Lebens).
- b) Abgesehen von dem positiven Effekt für die Reichen selbst ist eine Begrenzung von Reichtum Voraussetzung für mehr Gerechtigkeit (so wie das Grundeinkommen von “unten” wirkt das Maximaleinkommen von “oben”²⁰). Nur auf diese Weise wird garantiert, dass auch die begrenzten Ressourcen und Verschmutzungsquoten gerecht verteilt werden und sich nicht ein Teil der Bevölkerung die Mehrzahl dieser Rechte kaufen kann.

¹⁹ Michaela Knecht: Macht Geld glücklich?

<https://www.psychologie.uzh.ch/de/bereiche/dev/lifespan/erleben/berichte/geld-und-glueck.html> (Stand: 27.01.21).

²⁰ Kallis et al., 2015, S. 146-149

- c) Die Begrenzung von Reichtum führt zu einer Umverteilung (Abgaben und Steuern), mit der die folgenden Forderungen (Grundeinkommen und Soziale Absicherung) finanziert werden können.

Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)

Ein ökologisches, umverteilendes Grundeinkommen dient als zentrale Maßnahme zur sozialen Absicherung in einer Degrowth-Gesellschaft²¹. Das BGE wird an alle Bürger*innen unabhängig von Bedürftigkeit oder Einkommen monatlich ausgezahlt und ist damit eine unbürokratische, allgemeine Grundsicherung.

Vorteile des BGE:

- Es hilft den Menschen, dem ökologischen und auch dem digitalen Wandel und deren Auswirkungen auf Jobs und Gesellschaft gelassener zu begegnen.
- Anstatt veraltete, umweltbelastende Industrien zu subventionieren, um bestehende Jobs zu garantieren (z.B. Automobilindustrie in Deutschland), könnte die Politik in Zukunftstechnologien investieren und Arbeitnehmer*innen umschulen.
- Da niemand mehr gezwungen wäre zu arbeiten, würde durch das BGE ein Druck entstehen, Berufe mit prekären Arbeitsbedingungen zu verändern oder besser zu bezahlen^{22: Gefördert} würde eine so genannte “Tätigkeitsgesellschaft”. Das bedeutet u.a. die Freiheit bei Arbeitswahl und eigener Zeiteinteilung, Entlastung (z.B. im Krankheitsfall) und das Ermöglichen von sozialer Arbeit außerhalb des Arbeitsmarktes (z.B. Versorgung von Kindern oder Alten)²³ sowie ständige Weiterbildung²⁴. Diese Art von “Tätigkeit” als erweiterter Arbeitsbegriff würde das soziale Zusammenleben fördern und Lebenssinn stiften.
- Menschen, die heute von Transferleistungen abhängig sind, hätten mehr Anreize zu arbeiten, da zusätzliche Einkommen nicht vom BGE abgezogen werden²⁵.

²¹ Theuer/ Hopp, 2019

²² Alexander, 2015

²³ Kallis et al., 2012

²⁴ Van Parijs/Vanderborght, 2017

²⁵ ebd.

- Arbeitslosigkeit wäre auch gesellschaftlich erträglich und Politiker müssten keine Vollbeschäftigung mehr anstreben²⁶.
- Dadurch würde eine bedarfsorientierte und somit ressourcenschonendere Wirtschaft entstehen, da die Menschen frei über ihre Beteiligung am Produktionsprozess entscheiden können²⁷.

Die Finanzierung des BGE ist möglich. Sie könnte a) gleichzeitig soziale Ungleichheit abbauen (z.B. durch stark progressive Besteuerung von Einkommen, Kapital und Erbschaften (s.o.). b) Eine Finanztransaktionssteuer hätte in einer Übergangsphase zusätzlich ausgleichende Effekte. c) Die Finanzierung über eine CO₂- und ressourcenbasierte Konsumsteuer könnte zudem helfen, ökologisches Konsumverhalten zu belohnen. Die Kombination aus Umweltsteuern und Bereitstellung des BGE würde exzessives Konsumverhalten begrenzen und gleichzeitig die Lebenschancen der Armen verbessert.

Soziale Sicherungssysteme ausbauen: “first class conditions for all”

Es ist wichtig, dass das BGE ein *ergänzender* Pfeiler zum und nicht Ersatz für das aktuelle soziale Sicherungssystem (gesetzliche Kranken-, Renten- und Unfallversicherung) wird. Ansonsten wäre es eine regressive Maßnahme²⁸, die Arme relativ mehr kosten würde als Reiche.

Wie kann die soziale Sicherung über das BGE hinaus wachstumsunabhängig finanziert werden? Das deutsche umlagefinanzierte Rentensystem ist zwar nicht vom Wirtschaftswachstum abhängig. Da unsere Gesellschaft aber älter wird, ist künftig mit einem erhöhten Finanzierungsbedarf zu rechnen.²⁹ ³⁰ Denkbar wäre ein neuer Generationenvertrag mit „produktivem Altern“: ehrenamtliche Tätigkeiten ergänzen die professionelle Pflege und könnten in einer Zeitguthabenbank erfasst werden, sodass die Aktivitäten zwischen den Lebensphasen ausgetauscht werden könnten.³¹

²⁶ Andersson, 2009

²⁷ Blaschke, 2012

²⁸ Hoynes/Rothstein, 2019

²⁹ Seidl/Zahrnt, 2012

³⁰ Vgl. Theuer/Hopp 2019

³¹ Vgl. Höpflinger, 2010

Alternativ könnte man die Arbeitsmenge anders über die Lebenszeit verteilen - z.B. weniger Wochenstunden über mehr Lebensjahre verteilt. Durch bessere Lebensbedingungen, besseren Arbeitsschutz ist mit besserer Gesundheit und höheren Lebenserwartungen zu rechnen. So können viele Menschen auch im hohen Alter noch gesellschaftlich teilhaben, Austausch zwischen den Generationen und soziale Isolation wird verhindert.³² Zur Entlastung des Gesundheitssystems könnten sich Menschen neben ihrer Arbeit in lokalen Gemeinschaften für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung engagieren (wie die selbstverwaltete Gesundheitsschutzorganisationen Artabana, Samarita und SOLIDAGO).³³

Themenbereich 4: Strukturwandel und Übergänge

Zukunftsthesen

1. Neben sozialer Sicherung durch ein Grundeinkommen und notwendigen Gütern und Dienstleistungen (Krankenversicherung, Mobilität, etc.) müssen Sicherheits- und Jobgarantien für die Beschäftigten in den vom Strukturwandel betroffenen Branchen geschaffen werden.
2. Der Übergang von Erwerbsarbeit zu „Tätigsein“ im weiteren Sinn muss unterstützt werden durch staatliche Maßnahmen und Räume, in denen sich durch freiwerdende Kreativität persönlich frei gestaltetes Tätigsein entwickelt.
3. Für die vom Strukturwandel betroffenen Regionen und für generell strukturschwache Regionen soll ein Ausgleich und weitere Hilfen durch einen Strukturwandelfonds bereitgestellt werden.

Begründung:

Die sozial-ökologische Transformation bedeutet einen nachhaltigen Umbau wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse. Im wirtschaftlichen Bereich werden davon insbesondere der Energiesektor und die o.g. energieintensiven Karbonbranchen betroffen sein. An den Strukturwandelprozessen im Rheinischen Revier und in der Lausitz lässt sich ableiten, dass die Debatte zum Strukturwandel proaktiv geführt werden muss.³⁴ Politische Maßnahmen dürfen nicht ausschließlich reaktiv sein und abfedernd wirken, sondern müssen insbesondere in der langfristigen Perspektive den Strukturwandel präventiv gestalten.³⁵ Insbesondere den

³² Bücken, 2020

³³ Studer, 2010

³⁴ Vallentin et al, 2016, S.15

³⁵ ebd.

Beschäftigten droht durch den Verlust des Arbeitsplatzes nicht nur der Wegfall eines geregelten Einkommens, sondern auch der Verlust von Status und Identität, die mit dem bisher ausgeübten Beruf verbunden sind.³⁶

Das im vorherigen Abschnitt beschriebene BGE dient dabei als Grundsicherung, die die finanziellen Folgen des Arbeitsverlusts abfedert. Um den Übergang zu einem BGE zu gestalten und auch dem Statusverlust entgegenzuwirken, fordern wir daher die Einführung von Sicherheits- und Jobgarantien. Das umfasst mehrere Schritte:

1. Als erste Maßnahme müssen proaktiv Arbeitsmarktinstrumente wie Umschulung und Weiterbildung umgesetzt werden, um die Menschen für Jobs in der “grünen Industrie” zu qualifizieren³⁷. Darüber hinaus müssen attraktive, zukunftsfähige Arbeitsplätze jenseits der Industrie geschaffen werden. Darunter fallen u.a. systemrelevante Jobs wie z.B. in der Pflege oder weitere Care-Tätigkeiten höher zu entlohnen. Die geschaffenen Arbeitsplätze müssen stabil, existenzsichernd und von der Gesellschaft “anerkannt” sein.
2. In langfristiger Perspektive wird es durch den Rückgang des Konsums nicht mehr möglich sein, genug Arbeitsplätze für alle Menschen zur Verfügung zu stellen. Dieser Tatsache hat sich die zukünftige Gesellschaft zu stellen. Denn nicht nur im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation, auch im Zuge der Digitalisierung und weiterer Automatisierung der Wirtschaft werden Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren. Spätestens dann müssen Arbeit und Entlohnung neu gedacht werden³⁸. Grundsicherung und Teilhabe für alle Menschen, jenseits von Erwerbsarbeit müssen realisiert werden. Wesentlich für die Akzeptanz und die Zufriedenheit der Menschen ist dabei nicht das absolute Maß der Absicherung, sondern der Wohlstand im Vergleich zu den anderen; zu Nachbarn, Freunden, zu Menschen in den Medien.

Für die vom Strukturwandel betroffenen Regionen soll ein Strukturhilfefonds eingerichtet werden, damit diese ökologische, regionale Wirtschaftskreisläufe

³⁶ vgl. Köster et al. (2020)

³⁷ siehe hier Papier der Gruppe Arbeit & Tätigksein

³⁸ Dies ist im Papier der Gruppe Arbeit & Tätigkeit weiter ausgearbeitet. Die Basis für diesen Ansatz ist, dass die meisten Menschen auch ohne eine fremdorganisierte Arbeit in der Lage sind, ihr Tätig-Sein selbstbestimmt zu suchen, zu gestalten und sich zu verwirklichen: Etwa in Kunst jeglicher Art, Handwerk, Landbau oder auch soziales Engagement. Die Rolle, die dem Staat dabei zukommt, ist einerseits den finanziellen Freiraum zu schaffen (nämlich durch das BGE) sowie die realen Räume und Gelegenheiten dafür zu organisieren (etwa durch Vermittlungsangebote, durch Zentren für den Austausch, mit Gemeinschaftswerkstätten oder auch durch Bereitstellung von Land).

entwickeln können. Die Vergabe von bisherigen Fonds für strukturschwache Regionen insbesondere durch die EU und den verabschiedeten “Green New Deal” müssen an ökologische Kriterien gebunden werden.

3. Utopische Ausblicke

*Wir schreiben das Jahr 204x. Welches genau ist gar nicht so wichtig. Denn nach der Umstellung auf eine CO2-arme Wirtschaft (an der CO2-Neutralität bastelt die Weltgemeinschaft weiterhin), nach der Abkehr vom Wachstumsdogma, nach dem Ende der konsumorientierten Lebensweise der Menschen - nach all dem entsteht Raum für Neues, für Gemeinschaft und Platz für jede*n Einzelne*n. Und es entsteht v.a. eines: Zeit.*

“Zaja, Dominik, könnt ihr bitte noch rüber gehen und Oma holen? Essen ist gleich fertig. Nehmt den großen Schirm mit, sonst bekommt sie im Rollstuhl noch nasse Füße bei dem Regen,” ruft Achim in die Wohnung während er mit Töpfen und Pfannen am Herd hantiert. Zehn Minuten später sitzen alle am großen Tisch. Achim hat ein Pilzrisotto gezaubert und es gibt Feldsalat mit hartgekochten Eiern der Hühner des Wohnblocks dazu. Dominik schaufelt seine Risottoportion in sich rein. Den Salat behandelt er stiefmütterlich. Zaja stochert in ihrem Essen rum; sie und Oma sind beide keine großen Esserinnen. Wären sie biologisch verwandt, könnte man meinen, es läge in den Genen. Anja ist vor zwei Minuten erst von ihrer Schicht im Krankenhaus heimgekommen, sie wirkte etwas gehetzt und muss am Tisch erst mal durchatmen. Langsam stellt sich aber auch bei ihr ein Gefühl der Behaglichkeit und Gemütlichkeit ein, wie es eigentlich immer bei diesen Abendessen mit der Wohngemeinschaft aufkommen, zumindest wenn es nicht gerade einen Anlass für heiße Diskussionen gibt. “Ihr Lieben, ich bin in letzter Zeit oft sehr gestresst. Die Schicksale im Krankenhaus, die Verantwortung und Erwartungen der Angehörigen setzen mir mehr zu als früher. Daher überlege ich für ein Weilchen als Ärztin zu pausieren.” Achim schaut etwas besorgt: “Aber Liebes, das war doch immer deine Traamtätigkeit, dich um die Gesundheit anderer Menschen zu kümmern. Und du bist so gut darin. Bist du sicher? Vielleicht könntest du auf 15h runter gehen oder für ein paar Monate einfach als Pflegekraft tätig sein.” “Es sind ja nicht die 30h-Wochen, sondern mehr, was ich da sehe und erlebe. Und das Pflegepersonal kümmert sich doch genauso um die Schicksale der Kranken. Deswegen ist ihr Zuverdienst ja auch fast der gleiche. Allerdings müsste ich dann immerhin nicht die schwierigen Entscheidungen über die richtige Behandlung treffen. Ich glaube, davon brauche ich eine Pause. Ich denke mal drüber nach und rede mit dem Krankenhaus.”

Sie wendet sich an den 16jährigen Dominik: “Dominik, wir müssen zwar später noch zum Gemeinschaftstreffen, aber so viel Zeit haben wir, dass du dein Essen nicht so runterschlingen musst. Das ist nicht gesund.” “Boah, muss ich heute mit? Das dauert manchmal so ewig bis sich alle geeinigt haben und die Aufgaben verteilt sind”, nuschelt Dominik mit halbvollem Mund. Achim schaltet sich ein: “Ich fände es gut, wenn du mitkommst. Wir planen den Besuch von Salieu Mansaray und seiner Delegation aus Sierra Leone. Sie kommen nächste Woche von Bordeaux hierher. Da sind auch Jugendliche in deinem Alter dabei. Vielleicht hast du ein paar gute Ideen, was wir denen hier zeigen können.” Dominik ist nur halb überzeugt: “Das ist die Kooperative, von denen wir letztes Jahr die getrockneten Mangos gekauft haben, oder?” “Ja, genau die. Und den Löwenanteil verputzt du ja immer. Ich hab von der letzten Lieferung kaum was abbekommen”, grinst Achim. “Die Dinger sind halt end-lecker. Na gut, ich helf beim Besuch mit. Was machen die denn jetzt in Frankreich?” Achim: “Ich glaube, die haben den letzten Monat genutzt, um da mit den Winzern reden und sich selbst nochmal von der Qualität überzeugen. Es gab doch diesen Pestizid-Skandal bei südfranzösischem Wein. Natürlich ist die Schadstoffbelastung den sierra leonischen Behörden sofort aufgefallen. Produkten aus Europa wird wenig Vertrauen geschenkt, die werden oft kontrolliert.” Oma meldet sich mürrisch zu Wort: “Wer kann es ihnen verübeln. Wir haben ja auch lange genug unsere Abfälle, egal ob Lebensmittel oder Technik, dahin exportiert. Ganz zu schweigen von der dreckigen Produktion, die man nach Afrika und Asien verlagert hat.”

Bevor die Erwachsenen reagieren können, schaltet sich Zaja (12 Jahre) ein: “Oma, ich soll in der Schule ein Referat über Sklaverei halten. Stimmt das wirklich, dass hellhäutige Menschen Menschen aus Afrika gegen ihren Willen nach Amerika gebracht haben und dann mussten sie dort gaaanz viel Haus- und Feldarbeit machen, so 40h oder so, und durften nicht dahin gehen, wo sie wollten und nichts mitbestimmen?” Oma empört sich leicht: “Was glaubst du denn, wie alt ich bin?! Das war alles lange vor meiner Zeit! Schreckliche Sache, aber das war zum Glück schon Hunderte von Jahren vorbei als ich Topmanagerin im IT-Konzern war. Allerdings habe ich da auch 80h und mehr die Woche gearbeitet.” Zaja schaut verwirrt: “Das sind ja über 11h jeden Tag! Und wann hast du dann geschlafen und gekocht und Musik gemacht und Neues gelernt und die Gemeinschaftstreffen besucht?” “Tja, mein Kind, für all das blieb mir so gut wie keine Zeit. Was ich mir fertig einkaufen konnte, habe ich schnell auf dem

Nachhauseweg mitgenommen. Essen zum Beispiel. Gemeinschaftstreffen gab es nicht. Nur Wahlen alle paar Jahre.“ Zaja lüchelt weiter: “Aber eigene Musik und neue Gedanken kann man nicht kaufen. Und Schlaf auch nicht. Und wie sollen denn alle ihre Meinung einbringen und Aufgaben übernehmen, wenn man eine Wahl abhält; und dann auch noch alle paar Jahre nur?“ Sie überlegt. “Oma, hat dich auch jemand gegen deinen Willen nach Frankfurt gebracht, dir deine Zeit und dein Leben geklaut und dich zu all dieser Arbeit gezwungen, wie bei den Sklaven aus Afrika?“ “Das war nicht jemand, sondern etwas. Ein ganzes Ausbeutungssystem, der Kapitalismus und der Wunsch reich zu sein. Stimmt doch, Oma?“, trumpft Dominik auf. Die alte Frau wirkt ein wenig ratlos, dabei ist ihr das in ihren Managerinnenzeiten nie passiert. Da war der höchste Gewinn immer die einfache und richtige Antwort. Als die Zeiten sich dann allmählich änderten, ließ sie sich die Ratlosigkeit erst nie anmerken. Man war ja Elite und Eliten sind nicht ratlos, dachte sie damals zumindest. Eigentlich hatte sie große Erleichterung verspürt, als man Großkonzerne endlich zerschlug und das Existenzmaximum einführte. Da fiel auf ein Mal so viel Druck von ihr ab. Und überhaupt, wer hatte jemals wirklich 50 verschiedene Shampoos, fünf Modekollektionen von den doch so gleichen sechs Massendesignern und ein neues Handy pro Jahr gebraucht? Das erschien ihr jetzt völlig absurd. Dieses latente Gefühl der Überforderung war mit jeder verschwindenden Werbetafel, jedem Schritt in der Definanzialisierung der Wirtschaft und seltsamer Weise auch mit jeder Nachhaltigkeitsquote ein bisschen schwächer geworden. Sie musste nicht mehr die Beste und superreich sein. Kein Dienstfahrzeug mit Fahrer mehr, aber das war ok, das hatte ja niemand quasi von Berufswegen mehr, sondern nur noch Menschen mit speziellen Bedürfnissen. Sie musste nicht mehr die Beste sein. Es genügte irgendwann einfach, sie selbst zu sein. Zajas und Dominiks herausfordernde Blicke rissen sie aus den Gedanken: “Ach, Kinder! Die Menschheit begab sich immer wieder auf Irrwege und hatte seltsame Ideen, die es irgendwie für ein paar Dekaden geschafft haben, die dominierende Vorstellung zu werden. Wenn man nicht in dieser Zeit gelebt hat, sollte man sich dazu informieren. Verstehen kann man das aber genauso wenig wie den Sklavenhandel. Aber das ist vielleicht auch gut so.”

4. Literaturverzeichnis

Alexander, Samuel (2015): Basic and maximum income. In: D'Alisa, Giacomo; Demaria, Federico; Kallis, Giorgos (Hrsg.): Degrowth: a vocabulary for a new era. New York, London: Routledge, S. 146-149.

Andersson, Jan Otto (2009): Basic income from an ecological perspective. In: Basic Income Studies, 4. Jg., Heft 2, S. 1-8.

Balser, Marcus (2017): Deutschland hat ein Lohnproblem. Online unter: Sueddeutsche Zeitung online, online verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ungleiche-loehne-in-deutschland-deutschland-hat-ein-lohnproblem-1.3634993> (Stand: 26.01.2021).

Blaschke, Ronald (2012): Postwachstumsgesellschaft und Grundeinkommen. In: Woynowski, Boris et al. (Hrsg.): Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende. In: Arbeitsberichte des Instituts für Forstökonomie no. 59, Universität Freiburg, S. 137-151.

Bücker, Teresa (2020): Ist es radikal, bis 80 zu arbeiten? In: Freie Radikale - die Ideenkolonne, Süddeutsche Magazin, 22. Januar 2020. Online unter: <https://sz-magazin.sueddeutsche.de/freie-radikale-die-ideenkolonne/rente-arbeit-alter-88283> (Stand 06.01.21).

Gore, Tim (2020): Confronting Carbon Inequality: Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery. Online unter: <https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621052/mb-confronting-carbon-inequality-210920-en.pdf> (Stand: 26.01.2021).

Grabka, M. M. (2014): Ungleichheit in Deutschland: Langfristige Trends, Wendepunkte. In: Sozialer Fortschritt, 63. Jg., Heft 12, S. 301-307.

Hickel, Jason (2017). The Divide. London: Penguin Random House.

Höpflinger, F. (2010): Alterssicherungssysteme: Doppelte Herausforderung von demografischer Alterung und Postwachstum. In: Seidl, Irmi; Zahrnt, Angelika (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis, S. 53-63.

Hoynes, H.; Rothstein, J. (2019): Universal basic income in the United States and advanced countries. In: Annual Review of Economics, Heft 11., S. 929-958.

Kallis, Giorgos; Kerschner, Christian; Martinez-Alier, Joan (2012): The economics of degrowth. Ecological Economics, 84. Jg., S. 172–180.

Kallis, Giorgos; Demaria, Federico; D'Alisa, Giacomo (2015): Degrowth. In: D'Alisa, Giacomo; Demaria, Federico; Kallis, Giorgos (Hrsg.): Degrowth: a vocabulary for a new era. New York, London: Routledge, S. 146-149.

Köster, Jakob et al. (2020): Nach der Braunkohle. Konflikte um Energie und regionale Entwicklung in der Lausitz, in: Dörre, Klaus et al. (Hrsg.): Abschied von Kohle und Auto? Transformationskonflikte um Energie und Mobilität. Frankfurt/M. New York: Campus.

Langen, Kristin; Sontheimer, Leonie (2020): Vom Zauber einer Zahl: Die Erfindung des Wirtschaftswachstums. Online unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/vom-zauber-einer-zahl-die-erfindung-des-wirtschaftswachstums.976.de.html?dram:article_id=475167 (Stand 30.12.2020).

Oxfam (2021): The Inequality Virus. Online unter: <https://www.oxfam.org/en/research/inequality-virus> (Stand 27.01.21)

Parrique, T., Barth, J., Briens, F., Kerschner, C., Kraus-Polk, A., Kuokkanen, A., & Spangenberg, J. H. (2019). Decoupling debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. A study edited by the European Environment Bureau EEB.

Petschow, Ulrich et al. (2020): Ansätze zur Ressourcenschonung im Kontext von Postwachstumskonzepten: Abschlussbericht. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.

Raworth, K. (2017): Doughnut Economics. Seven Ways to Think Like a 21st-Century Economist.

Schröder, Carsten, et al. (2020): MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohem Vermögen geschlossen-Konzentration höher als bisher ausgewiesen. In: DIW Wochenbericht 87.29, S. 511-521.

Seidl, Irmi; Zahrnt, Angelika (2012): Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum als Hindernis für eine Politik innerhalb der limits to growth: Perspektiven für eine Postwachstumsgesellschaft. In: GAIA 21. Jg., Heft 2, S. 108-115.

Statista (2020): Entwicklung der Pro-Kopf-CO₂-Emissionen in Deutschland in den Jahren 1990 bis 2019. Online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153528/umfrage/co2-ausstoss-je-einwohner-in-deutschland-seit-1990/> (Stand: 26.01.2021).

Stockholm Resilience Centre (2015): Planetary Boundaries. Online unter: <https://www.stockholmresilience.org/research/planetary-boundaries.html> (Stand: 27.12.2020).

Studer, Hans-Peter (2010). Gesundheitswesen als kosteneffizientes Solidarsystem mit Eigenverantwortung. In: Seidl, Irmi; Zahrnt, Angelika (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft: Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis-Verlag, S. 65-75.

Theuer, L.; Hopp, J. (2019): Bidding farewell to growth: How to provide welfare in a degrowth society. Online unter: <https://www.exploring-economics.org/en/discover/bidding-farewell-growth-how-provide-welfare-degrow/> (Stand: 02.01.21).

Umweltbundesamt (Hrsg.) (2015): Klimaneutral leben: Verbraucher starten durch beim Klimaschutz. Dessau-Rosslau: Umweltbundesamt.

Vallentin, Daniel; Wehnert, Timon; Schüle, Ralf; Mölter, Helena (2016): Strategische Ansätze für die Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz. Was lässt sich aus den Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen und dem Rheinischen Revier lernen?, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie.

Van Parijs, Philippe; Vanderborght, Yannick (2017): Basic Income: A Radical Proposal for a Free Society and a Sane Economy. Cambridge, London: Harvard University Press.

Weltbank (2020): Poverty Overview. Online unter: <https://www.worldbank.org/en/topic/poverty/overview> (Stand: 30.12.2020).

Woodward, David (2015): Incrementum ad Absurdum: Global Growth, Inequality and Poverty Eradication in a Carbon-Constrained World. World Economic Review 4, S. 43-62.